

Christlich-Soziale Union in Bayern



CSU-Fraktion im Fürth Rathaus · Kurgartenstraße 37 · 90762 Fürth

Oberbürgermeister
Dr. Thomas Jung

Stadt Fürth

per Fax 974-1005

Kurgartenstraße 37

90762 Fürth

Telefon (09 11) 74 07 23-0

Telefax (09 11) 74 07 23-8

e-mail csu@fuerth.de

Bankverbindung:

HypoVereinsbank Fürth

Kto-Nr. 472 76 06 • BLZ 762 200 73

Fürth, den 26. Juli 2016

Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen der CSU-Stadtratsfraktion stellen wir zur nächsten Sitzung des Stadtrates folgenden **dringlichen Antrag**:

„Die Stadt Fürth begrüßt, dass alle demokratischen Kräfte in Marmaris zusammen dem Putschversuch von einigen Wenigen entschlossen entgegen getreten sind. Dieses Eintreten für Demokratie und Rechtsstaat muss sich nun auch in der Aufarbeitung der Geschehnisse beweisen. Die Stadt Fürth appelliert daher an den Rat der Stadt Marmaris sich dafür einzusetzen, dass Strafverfolgung nur auf Grundlage der Feststellung persönlicher Schuld und der im Zeitpunkt der Geschehnisse geltenden Gesetze erfolgt. Politische und persönliche Überzeugungen allein können und dürfen in einem demokratischem Rechtsstaat nicht Grundlage für Repression und Verfolgung sein“.

Die Stadt Fürth steht in einer lebendigen Partnerschaft mit Marmaris in der Türkei. Der Putschversuch des Militärs ist durch eine gemeinsame Anstrengung aller demokratischen Kräfte gescheitert. Der Stadtrat der Stadt Fürth begrüßt ausdrücklich dieses gelebte Beispiel einer wehrhaften Demokratie, die sich allen extremistischen Bestrebungen entgegenstellt. Umso wichtiger ist es jetzt, dass auch die Aufarbeitung dieses Umsturzversuches nach strikten rechtsstaatlichen Regeln erfolgt. Aus diesem Grund appelliert der Stadtrat der Stadt Fürth an den Rat von Marmaris sich dafür einzusetzen, dass Ermittlungen, Verhaftungen und Verurteilungen von Beteiligten des Putsches nur aufgrund der in einem rechtsstaatlichen Verfahren festgestellten persönlichen Schuld erfolgen. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe, wie Richter und Staatsanwälte, Ethnie, wie Kurden, oder Organisationen ist in einem Rechtsstaat kein Grund für Repressionen des Staates. Rechtsstaatliche Grundsätze müssen trotz des schwierigen Umfelds nach dem Putschversuch in vollem Umfang gewahrt bleiben und insbesondere die Unschuldsvermutung Beachtung finden.

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Helm
Fraktionsvorsitzender

-gez-

Dr. Andrea Heilmaier
Stadträtin

-gez-

Dr. Michael Au
Stadtrat